

Der Zug nach Europa

Doron Rabinovici

Da geht ein Zug nach Europa. Das Ziel ist mehr als ein Ort und mehr ein Weltteil. Europa, so heißt eine Hoffnung, die seit Jahrzehnten jene bewegt, die jenseits der Begrenztheit, jenseits von Willkür und Ohnmacht, jenseits vom Völkischen und Unmenschlichen, jenseits von Nationalismus und Ignoranz leben wollen. Europa, das ist der Fluchtpunkt einer neuen Freiheit und einer menschlicheren Perspektive.

Fluchtpunkt ist ein doppeldeutiges Wort, das hier gut her passt: Europa ist ein Asyl für Unzählige, die vor Krieg und Folter fliehen. Auch dieser Zug geht nach Europa, und während ich rede, brechen wieder ganze Familien auf, Kinder an der Hand, Säuglinge noch an der Brust, manch Großmutter auf dem Rücken. Sie riskieren ihr nacktes Leben, um es zu retten. Europa ist für sie eine Verheißung.

Wenn ich von einem Zug nach Europa spreche, kann ich nicht anders, als auch an die Züge durch Europa zu denken, in die meine Verwandten einst gepfercht wurden. Die europäische Idee gewann nach dem Zweiten Weltkrieg und nach Auschwitz an Kraft. Die Pioniere der Union wollten dem Europa der Vernichtung entkommen, um ein Europa des Friedens aufzubauen. Europa wurde zur Parole, um vor dem zu fliehen, was viele auch heute hertreibt.

Die Vision, die mit Europa angesprochen wird, liegt nicht in Minsk und derzeit schon gar nicht in Moskau. Europa ist kein eigenständiger Weltteil wie Afrika, wie Amerika und Australien. Es ist von der Geographie her nur ein Wurmfortsatz Asiens. Es ist keine kulturelle Eigenheit. Mozart und Beethoven werden längst schon auch in China, in Japan oder in Argentinien gespielt. Europa ist auch keine kulturelle Einheit. Es ist die Vielfalt, die es auszeichnet.

Wenn ich von Europa rede, dann meine ich die Union. Die Rechten erklären, Europa verteidigen zu wollen gegen den Islam, doch in Wirklichkeit verraten sie alle Freiheiten der Union. Sie unterscheiden sich nicht von den Islamisten, die gegen die offene Gesellschaft zu Felde ziehen. Das Abendland, das sie beschwören, war von der Kirche dominiert und wurde von Königen regiert. Das Abendland ging auf Kreuzzug gegen den Orient. Das Abendland war jüdenfeindlich. Es kannte keine Emanzipation für Frauen und keine Rechte für Homosexuelle. Dieses Abendland ist tatsächlich untergegangen und das ist sehr gut so.

Die Europäische Union war von Anfang an ein politisches Projekt. Zu Beginn war sie noch geprägt vom Kalten Krieg. Jetzt ist sie vor allem ein Garant von Rechtsstaat und Demokratie. Die Europäische Union ist ein Verband der Menschenrechte und der Sozialstaatlichkeit.

Manche Kritiker behaupten, es gehe bei der EU nur um Ökonomie. Die Spanier, die Griechen und die Portugiesen wissen es besser. Ihre Staaten mussten erst die Diktatur abschütteln, ehe sie Mitglied werden konnten. Die Länder im Osten mussten erst demokratisch werden, bevor sie beitreten durften.

Es stimmt schon: Europa wurde als Wirtschaftsgemeinschaft, als Montanunion begonnen. Aber von Anfang an zielte es darauf ab, mehr als das zu sein. Es war richtig, eine vereinte Kontrolle über Kohle und Stahl anzustreben. Die Idee dazu hatte Robert Schuman, jener französische Staatsmann mit ursprünglich deutscher Staatsbürgerschaft, geboren 1886 im heute luxemburgischen Clausen. Im Zweiten Weltkrieg schloss er sich der Resistance an. Nach 1945 ging es ihm nicht um Rache, sondern darum, jene Rohstoffe, die kriegswichtig waren, nicht mehr der nationalen Oberhoheit zu überantworten. Sie sollten supranational behütet und verwertet werden. Diese Vision war und ist eine Revolution. Eine weltweite Premiere.

Wer das nicht versteht, muss nur für einen Moment überlegen, was es bedeuten würde, kämen eines Tages in anderen Weltregionen jene Industriezweige, um die es bei Aufrüstung geht, in eine gemeinsame Hand. Können wir uns einen Nahen Osten vorstellen, in dem die Erdölgewinnung und die Erdgasförderung nicht mehr von einzelnen Regimen und auch nicht von Konzernen beherrscht sind, sondern supranational von demokratischen Regierungen? Ist die Europäische Union nicht ein Experiment auch für andere, wenn nicht sogar für alle Weltgegenden? Wie klug, dass es die Wirtschaft war, die das Fundament für die Einigung bot. Oft wird gesagt, es wäre besser gewesen, die Kultur zur Grundlage des Europäischen Einigungswerkes zu machen? Aber das ist falsch: Die europäische Einigung ist der Versuch, den Zwist der Kulturdünkel zu zähmen.

Es genügt dabei nicht, zu sagen, wir wollen keinen Krieg. Die meisten Eroberer der Geschichte beteuerten, nur Frieden zu wollen. Wer die Schilderungen der großen Historikerin Barbara Tuchman liest, erkennt: Die Regierungen taumelten 1914 blindlings in die Weltenzerstörung. Selbst als die Truppen ins Feld zogen, glaubten alle noch, das Schlachten werde bald wieder vorbei sein. Hätten sie gewusst, was sie erwartet, sie wären mit Schaudern wieder an den Verhandlungstisch zurückgeflohen.

Unvorstellbar ist, wie schnell der nationalistische Hass alles in Asche legen kann. Wer hätte vor drei Jahren geglaubt, es könnte in Katalonien ein blutiger Konflikt drohen? Mitten in der EU! Das Spiel mit dem nationalistischen Feuer beginnt zunächst ganz harmlos. War der Brexit vorauszusehen? 1998 waren alle überzeugt, der Konflikt zwischen Großbritannien und Irland ist endgültig überwunden. Aber am 18. April, vor zwei Wochen, gab es nach Jahren der Koexistenz wieder ein Opfer des völkischen Hasses. Erschossen wurde Lyra McKee, 29 Jahre alt, eine couragierte unabhängige irische Journalistin, eine lesbische Aktivistin, die über den Konflikt, über Flüchtlinge und über Gewalt gegen Frauen schrieb.

Was in Europa nach 1945 entstand, ist die Ausnahme im Laufe der blutigen Geschichte dieses Kontinents. Es ist wie bei einem Damm. Den Bau allein zu errichten, genügt nicht. Er muss gesichert, erhalten, abgestützt und – wenn nötig – verstärkt werden. Wir müssen Deichwarte des Friedens sein. Diese Aufgabe ist nicht abgeschlossen und wird es nie sein. Es ist nicht viel anders als ein Leben an einer Staumauer. Das Scheitern der großen Konstruktion birgt eine existentielle Gefahr. Das Auseinanderbrechen großer Staatenbündnisse oder Bundesstaaten führte oft zum Erwachen alter Konflikte und zu neuen Grenzstreitigkeiten.

Die autoritären Populisten untergraben alles, was nach 1945 errichtet wurde, weil es damals darum ging, den Nationalismus und die Tyrannei einzuhegen. Sie hetzen die Menschen und die Völker gegeneinander auf. Sie rufen die alten Ressentiments an. Ob Viktor Orbán, Jarosław Kaczyński, Matteo Salvini oder auch Heinz-Christian Strache: Sie schüren den Hass gegen Minderheiten. Sie setzen auf Verschwörungstheorien. Sie ehren Täter des Faschismus oder des Nazismus. Die Autokraten schalten die Gewaltenteilung und den Rechtsstaat aus. Sie machen mobil gegen die liberale Demokratie, gegen die unabhängige Justiz, gegen die Menschenrechte, gegen die freien Medien, gegen die kritische Kunst. Sie verleumden die freie Wissenschaft und die eigenständigen Universitäten.

Intellektuelle werden auf einen Index gesetzt. Schwarze Listen werden in den regimetreuen Medien veröffentlicht. Jeder kann die Namen lesen. Der Rufmord ist die Regierungserklärung. Sie diffamieren die NGO's. Es ist überall dasselbe. Von Putin bis Orbán. Die Organisationen der Zivilgesellschaft werden verdächtigt, nur Zentralen des Auslands zu sein, Verräter des Volkes, die nur Geschäfte machen wollen und im Bunde mit dem Journalismus stehen, der als Lügenpresse diffamiert wird.

Ich rede nicht von fremden Ländern. Ich spreche von dem, was sich auch hierzulande bereits anbahnt. Ich will keineswegs behaupten, es funktioniere der Rechtsstaat nicht mehr. Aber die freiheitlichen Minister verbünden sich mit den autoritären Kräften in Budapest, in Rom und in Warschau gegen die Europäische Integration.

Die Beschwichtiger sind unterwegs. Sie erzählen uns, es sei noch nichts geschehen, solange uns nichts passiert. Aber sie vergessen, dass es um uns geschehen sein wird, wenn wir warten, bis uns etwas passiert. Ein Schaden ist bereits angerichtet. Das Bundesamt für Verfassungsschutz, das uns gegen die Extremisten schützen soll, wurde gestürmt. Die Unabhängigkeit des ORF wird angegriffen. Die österreichische Regierung plant in Südtirol Doppelstaatsbürgerschaften für die eine, doch nicht für die andere Volksgruppe.

Die autoritären Populisten haben sehr wohl verstanden, dass die Europäische Union ein weltweit einzigartiger freiwilliger Zusammenschluss von liberalen Demokratien sozialstaatlicher Prägung und rechtsstaatlicher Ordnung ist. Sie haben begriffen, dass die Europäische Union ein Hebel gegen kulturell überliefertes Unrecht und gegen die Vormacht multinationaler Konzerne sein kann. Sie fürchten eben deshalb, weil sie das alles erkannt haben, die supranationalen Lösungen. Sie lehnen eine globale Perspektive gegen Armut ab. Sie wollen ein Europa, das nichts als eine Wirtschaftsgemeinschaft ist. Sie möchten die Gelder aus Brüssel kassieren, doch nichts vom Europa der allgemeinen Menschenrechte wissen.

Aber der Widerstand gegen die EU kommt nicht nur von rechts. Als ich 1995 für den Beitritt stimmte, waren viele meiner Freunde und Freundinnen gegen die Europäische Union. Manche meinten damals sogar besorgt, Erdäpfel würden unversehens zu Kartoffeln mutieren, und gewarnt wurde vor der Europäisierung Österreichs. Derzeit sehen viele eher die Gefahr einer Austrofizierung Europas. Die EU wurde jedenfalls von nicht wenigen als Union der Lobbyisten gefürchtet.

Mittlerweile ist klar: Nicht in Brüssel liegt die Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat. Im Gegenteil: Die Nationalstaaten sind es, die dem Standortwettbewerb der Konzerne hilflos ausgeliefert sind. Da das Europa des Kapitals eine Realität ist, wird das Europa der Politik zur Notwendigkeit. Die Nationalstaaten waren einst historisch notwendig, weil sie die einzige Möglichkeit boten, die Nationalökonomie zu regeln. Aber der Nationalstaat kann das Sozialsystem nicht mehr schützen, kann die Klimakatastrophe nicht aufhalten, kann die Internetkonzerne nicht bändigen. Wenn indes der Markt supranational wirkt, kann er nur

supranational bezähmt werden. Die politischen Fragen, die fiskalischen, die juristischen, die sozialen, die ökologischen, die emanzipatorischen brauchen europäische Antworten.

Bruno Kreisky wusste das bereits im Jahr 1971. In seiner zweiten Regierungserklärung, als er die absolute Mehrheit errungen hatte, hieß es: „Es ist die Überzeugung der Bundesregierung, dass sich Österreichs Beteiligung an der europäischen Integration in dem Maße friktionsfrei gestalten wird, als es gelingt, Österreich auf vielen Gebieten europareif zu machen.“ Ist es nicht erstaunlich, wie früh dieser Visionär den Begriff „europareif“ verwendete.

Aber sind wir nun endlich europareif geworden? Nein, die Union ist in der Krise. Sie findet noch nicht zu gemeinsamen Lösungen. Sie nimmt den nationalen Abgeordnetenhäusern, was sie dem gemeinsamen Parlament bisher nicht gibt. Die nationalen Regierungen spielen Blinde Kuh mit ihren Wählern. Was sie im Rat gemeinsam beschließen, wird hernach Brüssel in die Schuhe geschoben. Die Parteien werden nur national gewählt und die meisten Listen tun aus diesem Grund so, als ginge es alleinig um nationale und nicht um europäische Fragen. Schauen wir nur die jetzigen Wahlen an. Das lesen wir etwa in der oberösterreichischen Volkspartei: „Bei der Europawahl am 26. Mai geht es um die Entscheidung, ob Oberösterreich weiterhin im EU-Parlament vertreten sein wird.“

Es ist genau umgekehrt. Am 26. Mai geht es darum, ob das europäische Denken in allen Regionen, auch in Oberösterreich, an Kraft gewinnt. Es geht darum, den völkischen Nationalismus zu überwinden, ohne die kulturelle Selbstbestimmung und den patriotischen Freigeist zu verletzen. Durch die Integration ist eine neue europäische Gesellschaft im Entstehen und diese Zukunft wird auch nicht durch noch so hohe Mauern und durch keine Sperrung irgendeiner Route aufgehalten werden können.

Gegen die rassistischen Populisten gilt es die Stimme für ein demokratisches, ein sozial und ökologisch bewusstes Europa der Menschenrechte zu erheben. Die Union braucht ein braucht ein starkes Parlament, das dem Egoismus der Nationalregierungen mit der Kommission entgegenzutreten weiß. Die Union braucht eine europäische, solidarische Gewerkschaftsbewegung, ein gemeinsames Sozialsystem. Mit europäischen Pässen. Die Union braucht jetzt einen New Green Deal als Projekt, das in die Zukunft weist.

Ja, die Union ist in der Krise, doch aus den Krisen und in ihrer Überwindung nur entstand und wuchs die Europäische Union seit 1945. Wir sind mitten drin. Das ist der Augenblick. Das ist unser Moment. Hetze oder Frieden. Tyrannei oder Freiheit, Demokratie,

Menschenrechte, Feminismus, Emanzipation, Klimaschutz. Da geht ein Zug in eine Republik Europa, die erst entsteht. Es ist höchste Eisenbahn. Wir müssen die Weichen stellen. Es kommt auf uns an.